

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeitsinitiative)»**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Gerber, Marlène
Gianola, Giada

Bevorzugte Zitierweise

Gerber, Marlène; Gianola, Giada 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)», 2023 – 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Soziale Gruppen	1
Migrationspolitik	1

Abkürzungsverzeichnis

EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
SEM	Staatssekretariat für Migration
EU	Europäische Union

DFJP	Département fédéral de justice et police
SEM	Secrétariat d'Etat aux migrations
UE	Union européenne

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Soziale Gruppen

Migrationspolitik

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 01.07.2023
GIADA GIANOLA

Die SVP lancierte Anfang Juli 2023 die **Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» (Nachhaltigkeitsinitiative)**, wie die Partei in einer Medienmitteilung kommunizierte. Zuvor hatten sich ihre Delegierten am Sonderparteitag zu Asyl und Zuwanderung in Küsnacht einstimmig für die Lancierung der Initiative ausgesprochen. Diese verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis ins Jahr 2050 unter zehn Millionen Menschen bleiben muss und Bund und Kantone für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung sorgen müssen. Ab einer Bevölkerungszahl von 9.5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern soll der Bund zudem erste Massnahmen erlassen, etwa durch einen Verzicht auf Vergabe von Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligungen für vorläufig Aufgenommene oder durch «Neuverhandlung bevölkerungswachstumstreibender internationaler Übereinkommen». Wird der Grenzwert dennoch überschritten, müsste der Bund «alle [ihm] zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes» treffen und die entsprechenden Übereinkommen kündigen – zwei Jahre nach Überschreitung ausdrücklich auch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, falls die Bevölkerungszahl noch nicht wieder unter den Grenzwert gefallen ist. Die SVP begründete ihre Initiative damit, dass die «masslose[], unregelte[] Zuwanderung» begrenzt werden müsse, um negativen Auswirkungen dieser Zuwanderung, unter anderem in Form von vollen Zügen oder stark steigenden Gesundheitskosten, entgegenzuwirken.

Der Tages-Anzeiger erachtete die Initiative als «harscher Eingriff» in die derzeitige Asylpolitik der Schweiz. Parteipräsident Marco Chiesa sagte gemäss Medien am Sonderparteitag: «Es kommen zu viele [Asylsuchende], es kommen die Falschen». Chiesa und weitere Redner kritisierten dabei insbesondere die seit Januar 2023 dem EJPD vorstehende Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider für die in den Augen der Volkspartei gescheiterte Asylpolitik scharf. Die NZZ war hingegen der Ansicht, dass es der Partei bei der Initiative nicht nur um die Asylpolitik gehe, sondern generell um aus Sicht der Partei problematische Aspekte des kulturellen Zusammenlebens mit Ausländerinnen und Ausländern. In Le Temps wurde zudem darüber spekuliert, ob es bei der Initiative nicht insbesondere darum gehe, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU in Frage zu stellen.

Mitte Juni 2023 nahm die Bundeskanzlei die Vorprüfung der Initiative vor. Die Unterschriftensammlung erstreckt sich vom 4. Juli 2023 bis zum 4. Januar 2025. Zu den Urheberinnen und Urhebern der Initiative gehört auch der alt-Bundesrat und frühere Parteipräsident Ueli Maurer, jedoch nicht alt-Bundesrat Christoph Blocher.¹

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 03.04.2024
MARLÈNE GERBER

Anfang April 2024 und somit bereits acht Monate vor Ablauf der Sammelfrist reichte die SVP ihre **Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»** mit 114'805 Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Davon waren 114'430 gültig. Die Einreichung der Initiative erfolgte damit nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung der neusten Zuwanderungszahlen des SEM, das für das Post-Pandemie-Jahr 2023 eine erneut deutlich angestiegene Nettozuwanderung von 98'851 Personen auswies. Diese Zuzüge hätten «wesentlich dazu beigetragen, den Fach- und Arbeitskräftemangel auszugleichen», schlussfolgerte das SEM in dessen Medienmitteilung. Beinahe zeitgleich hatte der Bundesrat sein endgültiges Verhandlungsmandat mit der EU verabschiedet. Sowohl die AZ als auch die NZZ mutmassten, dass es der SVP durch ihre Initiative gelingen dürfte, den Druck bei den Verhandlungen aufrecht zu erhalten.²

1) BBl, 2023 1588; Medienmitteilung SVP vom 1.7.23; So-Bli, 2.7.23; AZ, CdT, LT, Lib, NZZ, TA, 3.7.23; LT, 5.7.23; TA, 7.7.23

2) BBl, 2024 1036; Medienmitteilung SEM vom 22.2.24; Blick, 10.2.24; AZ, CdT, 23.2.24; AZ, 9.3.24; NZZ, 14.3.24; 24H, LT, TA, 4.4.24